

Motion Zora Schneider (PdA): Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger sollen bei ökologischen Massnahmen und Klimamassnahmen zu Wort kommen!

Seit langem arbeiten Klimawissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an der Analyse und an Lösungen gegen den Klimawandel. Auch die Bevölkerung macht sich grosse Sorgen, welche Auswirkungen wir in naher Zukunft zu vergegenwärtigen haben werden. Verschiedene zu ergreifende Massnahmen sind aus dem Klimabericht des UNO-Weltklimarates zu entnehmen. Trotzdem ist es für uns Milizparlamentarier und Milizparlamentarierinnen auf lokaler Ebene schwer, zu wissen, ob die Massnahmen, die die Stadt Bern bisher angekündigt hat, ausreichen und den verschiedenen spezifischen Auswirkungen des Klimawandels, der Übernutzung der Ressourcen, der Verschmutzung des Trinkwassers, dem Verlust der Biodiversität, Massentierhaltung und Superkeimen gerecht werden. Internationale Klimawissenschaftler und Klimawissenschaftlerinnen haben angekündigt, dass in 12 Jahren beim Klimawandel ein «Point of no Return» erreicht sein wird. Es ist daher dringend notwendig, eine öffentliche Diskussion und Einschätzung der Massnahmen zu erreichen, die Mitsprache der Bevölkerung nicht ausser Acht zu lassen und schnell Gegenmassnahmen in Kraft zu setzen.

1. Daher soll die Stadt Bern ein unabhängiges wissenschaftliches Begleitgremium schaffen, das die Klimapolitik der Stadt Bern und deren Umsetzung in jährlichen öffentlichen Berichten beurteilt und öffentlich weitere konkrete Massnahmen vorschlägt.
2. Ein Viertel der Sitze dieses Gremiums soll mit interessierten Personen aus der Bevölkerung, die keine mit dem Thema verbundenen ökonomischen Interessen haben, besetzt werden und drei Viertel mit geeigneten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen.
3. Sie sollen sich jederzeit auch ausserhalb des Berichtszyklus öffentlich zur städtischen Klimapolitik äussern können und dabei die Schwierigkeiten benennen können, die einer Lösung der Probleme im Weg stehen.

Bern, 25. April 2019

Erstunterzeichnende: Zora Schneider

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat geht mit der Motionärin einig, dass Lösungen und Massnahmen gegen den Klimawandel ein dringendes, nicht aufschiebbares Anliegen darstellen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat am 22. Mai 2019 im Rahmen der Klimadebatte den erweiterten Handlungsplan Klima verabschiedet. Er beinhaltet als Erweiterung zu den bereits bestehenden Massnahmen der Energie- und Klimastrategie 2025 zusätzliche Massnahmen, die zu einer vermehrten Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen und den Umbau der Wärmeversorgung von fossilen zu erneuerbaren Wärmeträgern beschleunigen. Sämtlichen Massnahmen gemeinsam ist, dass sie auf die städtische, lokale Ebene angepasst sind. Die Massnahmen des erweiterten Handlungsplans wurden inzwischen in die bestehende Energie- und Klimastrategie 2025 integriert.

Die Kontrolle der Wirksamkeit der umzusetzenden Massnahmen erfolgt mit dem 2-jährlich erscheinenden Controllingbericht zur Energie- und Klimastrategie 2025. Dieser ist öffentlich einsehbar und erscheint das nächste Mal im Jahr 2020 für die Berichtsjahre 2018 und 2019. Wo Handlungsbedarf

besteht, wird dieser im Bericht ausgewiesen und es werden Lösungsansätze aufgezeigt, um die Ziele der Energie- und Klimastrategie 2025 zu erreichen.

Mit der Umsetzung von Massnahme 8d des erweiterten Handlungsplans Klima wird die seit Jahren bestehende Energiekommission zu einer «Energie- und Klimakommission» erweitert. Die bereits bestehende Energiekommission des Gemeinderats wird mit Vertreterinnen und Vertretern aller städtischen Direktionen, aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Mobilität und der Wissenschaft ergänzt. Der Einbezug verschiedener Akteure hilft, Lösungsansätze breiter zu diskutieren und der Gemeinderat profitiert von wichtigen zusätzlichen Inputs im Bereich Klimaschutz. Damit ist die Forderung der Motionärin im Grundsatz erfüllt.

Die Motionärin verlangt jedoch ein zusätzliches Gremium, welches die Klimapolitik des Gemeinderats in jährlich erscheinenden, öffentlichen Berichten beurteilt und allenfalls zusätzliche Massnahmen vorschlägt. Der Gemeinderat fühlt sich von der Energiekommission gut beraten und freut sich auf die Erweiterung derselben zu einer Energie- und Klimakommission. Der Gemeinderat sieht keine Notwendigkeit für ein zusätzliches Gremium. Zum öffentlich einsehbaren Controllingbericht der Energie- und Klimastrategie 2025 können alle Personen, ob organisiert oder nicht, Stellung nehmen und zusätzliche Massnahmen in den politischen Prozess einspeisen.

Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, die Motion erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

Bern, 16. Oktober 2019

Der Gemeinderat